

Jungsein in Ostdeutschland

Input: Prof. Dr. Jörg Fischer (Fachhochschule Erfurt), Marion von zur Gathen (Der Paritätische Gesamtverband)

Kommentierung: Johanna Probst (Kinder- und Jugendring Sachsen e.V.)

Moderation: Franziska Porst (Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ)

Protokoll: Emma Capitain (Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ)

Zentrale Inhalte

Im Forum Jungsein in Ostdeutschland wurde von den Sachverständigen thematisiert, warum die „Ost-West-Frage“ nach 35 Jahren Wiedervereinigung noch relevant sei und warum es einen spezifischen Blick auf junge Menschen in Ostdeutschland brauche.

Die Sachverständigen beschrieben, dass die Lebensbedingungen und Herausforderungen in Ostdeutschland durch diverse Faktoren geprägt seien. So sei Ostdeutschland durch Abwanderungen, geringeres Einkommen und schlechtere Arbeitsmarktchancen geprägt. Menschen in Ostdeutschland würden im Schnitt 13.000 Euro weniger verdienen als ihre westdeutschen Pendanten. Auch die Studienanfängerquote sei geringer, ebenso die Repräsentation von Menschen aus Ostdeutschland in Führungspositionen. Diese beschriebenen, schwierigen wirtschaftlichen Perspektiven würden die individuelle Lebensplanung junger Menschen negativ beeinflussen. Die Sachverständigen betonten, dass junge Menschen in Ostdeutschland stark von Transformationsprozessen und Identitätssuche geprägt seien. Die stigmatisierte „ostdeutsche Identität“ sei dabei im Diskurs eher negativ besetzt. Sie werde von jungen Menschen unterschiedlich beantwortet und sei familiär und generationenübergreifend stark geprägt. Es bestehe ein Spannungsverhältnis zwischen der Zufriedenheit und Kritik an der erlebten Ungerechtigkeit. Die Elitenkritik und die Abgrenzung von „westlichen“ Werten seien unter jungen Menschen weit verbreitet.

Die Sachverständigen betonten auch die rechtsextremen Tendenzen unter jungen Menschen, denn die Wahlergebnisse in Sachsen und Thüringen dieses Jahres würden eine hohe Zustimmung zur AfD in diesen Regionen in Ostdeutschland zeigen. In Sachsen sei der Stimmzuwachs im Vergleich zu 2019 um 11 Prozentpunkte gestiegen (auf 31 Prozent in der Altersgruppe 18- bis 24-jährige Wähler*innen) und in Thüringen sogar um 15 Prozentpunkte (auf 38 Prozent in der Altersgruppe 18- bis 24-jährige Wähler*innen). Dennoch gebe es auch viele junge Menschen, die sich unter erhöhter Gefahr gegen Rechtsextremismus vor Ort engagierten.

Die Sachverständigenkommission unterstrich, dass mehr Beteiligung und Anerkennung junger Menschen in politischen Prozessen benötigt werde. Die Demokratiebildung und

politisches Engagement, besonders in strukturschwachen Regionen, müsse gefördert werden. Auch der Abbau von Infrastruktur- und Einkommensunterschieden sei relevant.

Johanna Probst (Referentin für Demokratiebildung und Jugendpolitik beim Kinder- und Jugendring Sachsen e.V.) nahm die Kommentierung aus der Perspektive der sächsischen Jugend(verbands)arbeit im Forum vor. Ergänzend zum Bericht betonte Frau Probst den Stellenwert der Intersektionalität und dass die Frage, was es bedeute ostdeutsch und migrantisch zu sein, lange nicht gestellt wurde und unsichtbar gewesen sei.

Ebenso stelle sich die Frage, was es bedeute, ostdeutsch und weiblich zu sein. In diesem Kontext würde die Abwanderung gut ausgebildeter junger Frauen und eine demografische Maskulinisierung eine bedeutende Rolle spielen. Viele junge Frauen aus Ostdeutschland zögen aufgrund von besseren beruflichen Perspektiven in den Westen, was nicht nur die soziale Struktur der Region beeinflusse, sondern auch zu einem Ungleichgewicht in der Geschlechterverteilung führe. Zudem führte Frau Probst aus, dass in Sachsen prekäre Arbeitsverhältnisse, massive Kürzungen und der zunehmende Einfluss der AfD in Jugendausschüssen die Strukturen der Kinder- und Jugendarbeit bedrohen würde. Auch rechtsextremistisch motivierte Übergriffe auf Einrichtungen, Fachkräfte und Engagierte in der Kinder- und Jugendhilfe nähmen zu. Somit sei es entscheidend, jetzt zu handeln und diese Bereiche nicht der Rechten zu überlassen.

Diskussionsergebnisse

Die Expertin und die Sachverständigen unterstrichen, dass das Engagement vieler junger Menschen in Ostdeutschland für ein demokratisches Miteinander verstärkt unterstützt werden müsse. So müssten mehr positive Erzählungen gefördert werden, welche die Diskurse über Ostdeutschland von negativen Zuschreibungen befreien. Dies schließe Narrative über Wertungen der Transformationserfahrungen der Eltern- und Großelterngeneration mit ein.

Bei der Diskussion im Plenum wurde betont, dass es nicht das „eine Ostdeutschland“ gebe, sondern auch große Unterschiede zwischen Stadt und Land vorherrschen würden. So fehlten auf dem Land in vielen Dörfern zivilgesellschaftliche Strukturen, zum Beispiel mangle es an Angeboten der kulturellen Bildung und politischen Angeboten. Eine geringere Vereinsdichte Sorge so für eine geringere Bindung, was auch ein Grund für die Abwanderung vieler junger Erwachsener sein könne. Dies könne gleichzeitig auch eine Chance für die Kinder- und Jugendhilfe darstellen, welche auf zivilgesellschaftliche Akteure zugehen sollte, um Angebote vor Ort zu etablieren.

Weiterführende Fragen

- Inwieweit wird Kinder- und Jugendpolitik bei Diskussionen über Ostdeutschland berücksichtigt?
- Welche Herausforderungen ergeben sich aus rechtsradikalen Hegemonien für die Jugendhilfe, die in solchen Kontexten oft als Feindbild wahrgenommen wird?

